

**Van der Bellen wählen.  
Hofer verhindern.**

**Van der Bellen wählen.  
Hofer verhindern.**

# BUNDES PRÄSIDENTEN WAHL

**Van der Bellen wählen.  
Hofer verhindern.**

## FPÖ gegen Arbeiterkammer

Mehrfach wollte die FPÖ der Arbeiterkammer – die jährlich hunderte Millionen an Euro für die ArbeitnehmerInnen erstreitet - schon die Umlagen kürzen. Das wäre eine deutliche Schwächung der Interessensvertretung aller ArbeitnehmerInnen.

## FPÖ gegen Gewerkschaften und Kollektivverträge

Die schwarz-blaue Regierung wollte Arbeitszeit- und Kollektivvertragsverhandlungen auf die Betriebsebene verlagern – das schwächt die Verhandlungsmacht von uns ArbeitnehmerInnen bei der Verhandlung von Löhnen, Gehältern und Arbeitszeiten.

## Freiheitliche für "Notgesetzgebung"

Der "Ring freiheitlicher Wirtschaftstreibender" (RFW), eine Vorfeldorganisation der FPÖ, forderte 2009 zur Krisenbewältigung eine "Notgesetzgebung", um ArbeitnehmerInnenrechte aufzuheben!



**Deshalb: Deine Stimme für**

 **Alexander Van der Bellen!**

Du willst für Van der Bellen aktiv werden?  
Du willst Hofer verhindern?

Dann unterstütze die Initiative „GewerkschafterInnen für Van der Bellen“. Jetzt! Denn nach dem 22. Mai ist es zu spät ...

Mehr Infos unter:  
[www.gewerkschafterinnen-fuer-vanderbellen.at](http://www.gewerkschafterinnen-fuer-vanderbellen.at)

auf facebook: [www.facebook.com/  
GewerkschafterInnenfuerVanderBellen/](https://www.facebook.com/GewerkschafterInnenfuerVanderBellen/)

Impressum: Medieninhaber: Initiative „GewerkschafterInnen für Van der Bellen“, Belvederegasse 10/1, 1040 Wien Hersteller:

**AM 22. MAI!**

**GEWERKSCHAFTERINNEN  
FÜR**

**VAN DER  
BELLEN**

22. Mai 2016



**Van der Bellen wählen.  
Hofer verhindern.**

**Van der Bellen wählen.  
Hofer verhindern.**

**Van der Bellen wählen.  
Hofer verhindern.**

Am 22. Mai wird der nächste Bundespräsident gewählt. Diese Wahl ist eine Weichenstellung für Österreich.

Bekommt Österreich einen Bundespräsidenten, der für sozialen Ausgleich und für Menschenrechte steht? Oder einen, der spaltet und den Eindruck vermittelt, als würde er am liebsten Regierungen ein- und absetzen?

Wir, die Initiative „GewerkschafterInnen für Van der Bellen“ unterstützen bei dieser Wahl Alexander Van der Bellen.

Weil er der Kandidat ist, der für Demokratie, Mitbestimmung und Solidarität steht – Werte, die uns GewerkschafterInnen wichtig sind. Weil wir uns von ihm, im Gegensatz zum FPÖ-Kandidaten, keine „blauen Wunder“ erwarten müssen. Von denen hatten wir schon genug. Wir brauchen keine weiteren.

**AM 22. MAI!**



## Was Du unbedingt über die FPÖ wissen solltest ...

Die FPÖ und ihr Chefideologe und Präsidentschaftskandidat Norbert Hofer behaupten immer wieder, sie wären die Partei des „kleinen Mannes“. Davon kann keine Rede sein – vielmehr betreiben Freiheitliche eine Politik gegen die ArbeitnehmerInnen.

## FPÖ an der Regierung heißt Kürzungen für ArbeitnehmerInnen

So hat die FPÖ in der schwarz-blauen Koalition (2000-2006) wesentliche Verschlechterungen im Arbeitsrecht durchgesetzt, u.a. :

- „Billigere“ Kündigungen für ArbeitgeberInnen und finanzielle Kürzungen bei ArbeitnehmerInnen (geringere Urlaubsabgeltung, höhere Besteuerung von Beendigungsansprüchen, Kürzung der Familienzuschläge bei Arbeitslosigkeit etc.)
- Abschaffung des Entgeltfortzahlungsfonds für ArbeiterInnen und damit Wegfall des Schutzes vor Kündigungen im Krankenstand



## FPÖ für Lohn- und Sozialdumping

Im April 2011 stimmte die FPÖ im Parlament gegen das Lohn- und Sozialdumping-Bekämpfungsgesetz.

Im Handbuch freiheitlicher Politik, für das FPÖ-Vordenker Norbert Hofer hauptverantwortlich ist, fordert die FPÖ eigene, schlechtere Sozial- und Arbeitslosenversicherungen für MigrantInnen mit geringeren Sozialbeiträgen. Dadurch würden österreichische ArbeitnehmerInnen für österreichische Betriebe deutlich teurer! Wem nützt wohl diese Maßnahme?

## FPÖ gegen die Europäische Sozialcharta

2011 stimmte die FPÖ im Nationalrat gegen die Verankerung von sozialen Rechten wie z.B.

- dem Recht auf gerechte Arbeitsbedingungen und Arbeitsentgelt, soziale Sicherheit, Bildung
- dem Recht von Kindern und Jugendlichen auf besonderen sozialen und gesetzlichen Schutz
- dem Recht auf Würde und Mitbestimmung am Arbeitsplatz

